

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 93

17. Mai 1985

Dr. Volker Hauff MdB,
Stellvertretender Vorsit-
zender der SPD-Bundes-
tagsfraktion, kritisiert die
Bonner EG-Politik: Tiefer
Graben durch Europa.

Seite 1

Klaus Wettig MdEP, Mit-
glied im Agrarausschuß des
Europäischen Parlaments
und Stellvertretender Vor-
sitzender des Landwirt-
schaftsausschusses beim
SPD-Parteivorstand, bilan-
ziert den Brüsseler Agrar-
preis-Kompromiß: Geld
vergeudet.

Seite 3

Helmut Rohde MdB verur-
teilt die Anspruchslosig-
keit des Wirtschaftsaus-
schusses: Das war der
Gipfel.

Seite 4

Klaus Daubertshäuser
MdB, Obmann der SP-
Fraktion im Verkehrsaus-
schuß des Deutschen Bun-
destages, fordert die Har-
monisierung der Wettbe-
wertsbedingungen im eu-
ropäischen Güterverkehr:
Lkw-Steuer senken.

Seite 6

Tiefes Unbehagen über Bonner EG-Politik

Kohls Entscheidungen haben einen tiefen Graben in der
Gemeinschaft aufgeworfen

Von **Dr. Volker Hauff** MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Sieben Wochen vor dem Mailänder Europa-Gipfel ist ein tiefes Unbehagen in der Europäischen Gemeinschaft über die europapolitische Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik erkennbar geworden. Helmut Kohl, der vor Jahresfrist noch angekündigt hatte, alles für Europa zu tun, hat die deutschen Interessen in nicht weniger als zwei Monaten in Europa fast alle verspielt. Es besteht die Gefahr, daß wir nicht mehr ernst genommen werden. Zuerst die Drohgebärde eines nationalen Alleingangs bei der Einführung des abgasarmen Autos, dann der deutsche Alleingang einer Beteiligung am US-amerikanischen SDI-Projekt und nun kam auch noch ein von innerparteilicher Taktik bestimmtes Veto bei den Brüsseler Agrarpreisverhandlungen.

Das chaotische Zusammenspiel zwischen dem Bundeskanzleramt, dem Auswärtigen Amt sowie anderen Ministerien hat dazu geführt, daß eine außenpolitische Linie dieser Bundesregierung mit klaren Zielen nicht mehr erkennbar ist.

Durch das einseitige zustimmende Vorpreschen von Helmut Kohl zum SDI-Projekt bei gleichzeitiger Ablehnung des Projekts auf dem Weltwirtschaftsgipfel durch Francois Mitterrand wurde ein tiefer Graben in Europa, auch im deutsch-französischen Verhältnis, aufgeworfen. Diesen Graben hat die Bundesregierung in der Debatte über den Weltwirtschaftsgipfel am 14. Mai 1985 noch vertieft. Wobei es den Anschein hat, daß Helmut Kohl das Regierungsschiff einfach treiben läßt. Außenminister Genscher und auch Forschungsminister Riesenhuber scheinen zu ahnen, in welcher schwierigen Lage die Bundesregierung durch Helmut Kohl mit seinem vorschnellen Ja zum SDI-Projekt geraten ist.



In dieser Regierung steckt nicht mehr die Kraft, Prioritäten zu setzen. Anders ist es nicht zu verstehen, daß die Regierungskoalition im Parlament es abgelehnt hat, die Initiative der französischen Regierung für ein "Europa der Technologie" zu unterstützen, die bereits existierenden europäischen zivilen Weltraumprogramme weiter zu entwickeln und die Förderung auf solche Projekte zu konzentrieren, die die technologische Konkurrenzfähigkeit der Europäer insgesamt verbessern und die Selbstbehauptung Europas fördern. Es bleibt völlig unverständlich, warum sich die Regierungskoalition dagegen ausspricht, im Rahmen des finanziell Machbaren über EUREKA die zivile Entwicklung von Schlüsseltechnologien nicht fördern zu wollen.

Gerade durch die Ablehnung des Entschließungsantrages der SPD zum "Europa der Technologie" im Deutschen Bundestag ist die Gefahr einer nachhaltigen Störung der deutsch-französischen Freundschaft gewachsen. Helmut Kohl tut alles, um bei unserem französischen Partner den Eindruck der Unkalkulierbarkeit entstehen zu lassen.

Die Bundesregierung muß ihr Versprechen einlösen, auf dem Mailänder Gipfel den Durchbruch zur Europäischen Union zu schaffen. Die feierliche Deklaration von Stuttgart bleibt so lange Makulatur, wie die Bundesregierung nicht auf einen europapolitischen Weg zurückkehrt, mit eigenen konkreten Konzepten Europas voranzubringen. Es mag müßig klingen oder auch nach Eigenlob riechen, aber der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing haben in den 70er Jahren gezeigt, wie Europa vorangebracht werden kann. Sie haben das europäische Währungssystem gegen Widerstände aus der Taufe gehoben. Wir warten immer noch auf die zweite Stufe dieses Systems. Bonn tut nichts zur weiterer Konkretisierung.

Ein weiterer Punkt ist das von Frankreich vorgeschlagene "Europa der Technologie". Dieser Vorschlag bietet Chancen zur verstärkten europäischen Integration, zur Sicherung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, zur Umstrukturierung traditioneller alter Schornsteinindustrien und damit zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit, zur Überwindung des Hungers und der Unterentwicklung in der Dritten Welt sowie zur ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaften Westeuropas.

Helmut Kohl muß sich endlich entscheiden.

(-/17.5.1985/rs/ks)

+ + +



Geld vergeudet

Zum Brüsseler Agrarpreis-Kompromiß

Von Klaus Wettig MdEP
Mitglied im Agrarausschuß des Europäischen Parlaments
Stellvertretender Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses beim SPD-Parteivorstand

Weder mit schönen Worten noch mit prunkvollen Fernsehauftritten wird der Schaden wieder gutzumachen sein, den die Bundesregierung mit ihrer Halsstarrigkeit der Sache der Europäischen Gemeinschaft in der diesjährigen Agrarpreisrunde angetan hat und dem am Donnerstag verabschiedeten Salami-Kompromiß in weiteren zermürbenden Verhandlungen antun wird.

Die Kommission war mit einem Vorschlagspaket in die Verhandlungen gegangen, das wenigstens in Ansätzen auf die längst überfällige Reform der EG-Agrarpolitik zu führen schien. Was jetzt herauskam, kann nicht als Kurskorrektur gewertet werden. Es ist nicht mal ein Signal. Der EG-Haushalt wird - trotz dringender anderer Gemeinschaftsaufgaben - nicht entlastet, sondern mit mindestens einer halben Milliarde DM zusätzlich belastet. Die Krise der Gemeinschaft hat im Monat vor dem mit Vorschußlorbeeren bedachten Mailänder Gipfel einen neuen Höhepunkt erreicht.

Notwendig wäre nach dem Urteil der seriösen Fachleute gewesen, den Preis der Agrarprodukte von der ihm bisher aufgezwungenen Einkommensfunktion zu befreien. Dies geschah wegen der bundesdeutschen Verhandlungsführung nicht.

Man muß davon ausgehen, daß bei Beginn der Verhandlungen die EG-Mitgliedsländer in ihrer Mehrheit bereit waren, Opfer zu bringen und die von der EG-Kommission vorgeschlagene Null-Runde zu akzeptieren. Es liegt ausschließlich an der Bundesregierung, daß nun diese ungeheuerlichen neuen Belastungen die Steuerzahler und Verbraucher treffen. Zur vom Bundesfinanzminister eingeforderten EG-Haushaltsdisziplin fällt dem Beobachter nur noch trauriges Hohngelächter ein.

Auch die skandalöse Obst- und Gemüsevernichtung wird weitergehen, weil Bonns Verhandlungsführung anderen ein Schlupfloch bot, damit die Preise nicht wirksam als Steuerungsmittel dagegen eingesetzt werden. Stattdessen wird die Überproduktion nahezu unbeschränkt vergoldet.

Kein Verständnis werden die Verbraucher auch für die mannigfachen Preiserhöhungen für Milch und Milchprodukte haben. Sie wissen, daß die Überproduktion noch immer nicht gestoppt ist, aber auch hier wird von den Enkeln Erhards Schindluder mit der sozialen Marktwirtschaft getrieben.

Im Ergebnis also eine traurige Bilanz: Verbraucher und Steuerzahler sehen ihr Geld vergeudet. Die Bundesrepublik hat ihre Veto-Unschuld und damit noch mehr Glaubwürdigkeit bei den EG-Partnern verloren.

(-/17.5.1985/rs/ks)

+ + +



Das war der Gipfel

Anspruchsloser Wirtschaftsausschuß

Von Helmut Rohde MdB

Am Mittwochmorgen wurden die Bundestagsabgeordneten über den Lautsprecher mit dem Hinweis begrüßt: "Die Sitzung des Wirtschaftsausschusses um 9.00 Uhr fällt aus." Es lohnte sich nicht, auch nur ein Wort darüber zu verlieren, wenn es sich dabei allein um eine gelegentliche Zeitverschiebung handeln würde. Dieser Ausfall war aber nicht zufällig, ist inzwischen eher Charaktermerkmal. Sitzungsausfälle, Verkürzungen und Geschäftsordnungsroutine signalisieren, daß ein über Jahrzehnte einflußreicher Parlamentsausschuß inzwischen drauf und dran ist, Einfluß und Durchsetzungskraft zu verlieren.

In dieser Woche fand sich kein Kabinettsmitglied, um mit diesem zentralen Ausschuß über den Bonner Wirtschaftsgipfel zu diskutieren. Entsandt wurde ein beamteter Staatssekretär. Er erläuterte eingehend Verlauf, Zeitpläne, die ganze Routine des internationalen Verhandlungsbetriebs. Fragen nach Bewertungen und nach den Absichten der Regierung, was sie tun wolle, blieben weithin offen. Dies wäre Sache von Regierungsmitgliedern gewesen.

Obwohl inzwischen das Echo der internationalen Presse eindeutig ist, die Blässe der Bonner Tage und ihre Substanzarmut beklagt werden, ist das Koalitionslager noch immer in Gipfelharmonie - während dies weltweit inzwischen eher als ein Stil unverbindlicher Oberflächlichkeit gekennzeichnet wird. Die wirtschaftliche Lage sei besser geworden, meint die Koalition. Die weltweiten Hinweise auf neue Konjunkturkonflikte und Strukturverwerfungen werden dagegen verdrängt. Vor allem die Zuspitzung gesellschaftspolitischer Verhältnisse, die sich in allen Industrieländern, in ganz Europa vollzieht, wird hinter Verhandlungseuphorie versteckt: So die wachsende Arbeitslosigkeit, vor allem der jungen Menschen, die Lage der sozialen Sicherungssysteme, die neuen Formen des sozialen Abstiegs und des Verfalls sozialer Bindungen und Sicherungen, die heute bis weit in die Mittelschichten und in die Reihen der Bauern und Farmer eindringen.

Die konservativen Wirtschaftler gewöhnen sich an, über Menschen und ihre Lebensverhältnisse wie über Daten zu reden. Ihre Sprache verrät sie. Sie ist kalt, wenn es um soziale Folgen und Bindungen geht.



Unübersehbar ist auch der Versuch, auf eine ziemlich raffinierte Weise Regierungsverantwortung umzufunktionieren in Ansprüche, auch Schuldvorwürfe und unterschwellige Unterstellungen gegenüber den Betroffenen. So wird nicht konkret darüber gesprochen, was die Regierung gegen die Arbeitslosigkeit machen müßte. Ans Brett geschlagen werden Anforderungen an Menschen: Mobil, flexibel und nicht so sehr tarifgebunden sollten sie sein, vorwurfsvoll werden sie "Arbeitsbesitzer" genannt, empfohlen wird ihnen "Kapowaze" (kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit) zu werden, qualifizieren sollten sie sich und länger arbeiten.

Was tatsächlich ist, wird hinter qualliger liberal-konservativer Bildersprache versteckt: Daß zum Beispiel eine halbe Million junger Menschen im Alter von 20 bis 25 Jahren in unserem Land arbeitslos ist, die Altersgruppe mit der höchsten Arbeitslosigkeit. 60 Prozent von ihnen haben eine Berufsausbildung, viele andere schulische Abschlüsse. Anmaßend und selbstgerecht zu sein und anklägerisch gegenüber den Menschen, die von den sozial-ökonomischen Strukturveränderungen und ihren Folgen betroffen sind, entwickelt sich immer mehr zum liberal-konservativen Regierungsstil.

Die Frage nach der Regierungsverantwortung für aktive Arbeitsmarktpolitik und öffentlich stimulantisierte Beschäftigungspolitik wurde mit dem Hinweis abgetan, daß nach dem Gipfel und seinen Bewertungen die "Staatsquote" gesenkt werden solle. Zu welchen Lasten und in welcher Weise dies geschehen soll, wurde in Bonn gleich mitgeliefert.

Die Gipfelberatungen haben klargemacht: Für die Rüstung im Weltraum, für SDI, wird es von den Konservativen geradezu als selbstverständlich angesehen, Staatsmittel im gigantischen Umfang zur Verfügung zu stellen und sie ihrerseits mit Aufwendungen, Forschungen und Entwicklungen der Unternehmenswirtschaft zu verbinden. Sowohl die Mittel des Staates als auch grenzenübergreifende Planung von Regierungen und Staatsadministrationen gelten für den Weltraum als konservatives Instrumentarium. Aber für die Probleme dieser Erde, für die Millionen Arbeitslosen und sozial Bedrängten gelten öffentliche Mittel und Verantwortung und Sozialplanung für die Zukunft als "nicht systemkonform". Die Fragen nach Arbeitsmarkt und Wirtschaft werden sich selbst überlassen, gelten als "selbsttragender Prozeß" in einer ansonsten auf gigantische Weise geplanten Welt. Dies ist ein zentraler Widerspruch, wie er sich nach dem Gipfel in Bonn abzeichnet.

Es wäre ja nicht zuviel verlangt gewesen, darüber im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages zu reden. Dies allerdings wäre Politik gewesen, mehr und anderes als ein Verwaltungsbericht über den Verlauf der Bonner Tage und der internationalen Gremien.

(-/17.5.1985/rs/ks)

+ + +



Kraftfahrzeugsteuer für Lkws senken

Bundesrepublik muß Wettbewerbsbedingungen in Europa harmonisieren

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Wettbewerbsbedingungen im internationalen Straßengüterverkehr müssen harmonisiert werden. Hierüber sollte über die parteipolitischen Grenzen hinweg Einigkeit bestehen.

Eine Vielzahl von Wettbewerbsverzerrungen sind vorhanden. Allein bei der Kraftfahrzeugsteuer und der Mineralölsteuer gibt es Differenzen von bis zu 600 Prozent zu Lasten deutscher Unternehmen. Ihr Anteil am grenzüberschreitenden Straßengütertransport ist deshalb seit Jahren rückläufig.

Aber nicht nur das deutsche Güterkraftverkehrsgewerbe ist betroffen, sondern auch die deutschen Seehäfen. In vielen Fällen kann der Transport von Export- oder Importwaren kostengünstiger über die Benelux-Häfen abgewickelt werden als über Hamburg oder Bremen.

Auf dem europäischen Verkehrsmarkt ist in den letzten Jahren bei der Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen nichts bewegt oder erreicht worden. Auch gibt es keine realistischen Anhaltspunkte dafür, daß innerhalb der EG für die Zukunft eine Harmonisierung tatsächlich erreichbar sein wird. Das Gegenteil ist zu befürchten. Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß kein europäisches Land bereit sein wird, die unterschiedlichen Kostenstrukturen zu harmonisieren, wenn damit Wettbewerbsvorteile zugunsten der nationalen Unternehmen aufgegeben werden müssen. Vielmehr gibt es eine Vielzahl von Bemühungen, die im Ergebnis darauf hinauslaufen, solche Vorteile national noch stärker auszuschöpfen.

Die Bundesregierung kann hier nicht länger tatenlos zusehen. Die Lehren aus der Vergangenheit und die notwendigen Konsequenzen für die Zukunft müssen gezogen werden.

Es ist unrealistisch, auf eine EG-einheitliche Regelung zu warten. Die Bundesrepublik muß dadurch nationale Maßnahmen in einem ersten Schritt die Wettbewerbsbedingungen harmonisieren:

- Die Kraftfahrzeugsteuer für Lkws ist auf die Beträge abzusenken, die in unseren Nachbarländern gezahlt werden.
- Gleichzeitig wird in der Bundesrepublik eine Schwerverkehrsgebühr erhoben. Damit werden die Steuerausfälle der Länder aus der Senkung der Kraftfahrzeugsteuer abgedeckt.

Auch ausländische Lkws haben die Schwerverkehrsgebühr zu zahlen. Ihre Wettbewerbsvorteile gegenüber deutschen Straßengüterverkehrsunternehmen sind damit reduziert. Auch die Wettbewerbsposition der deutschen Seehäfen wird verbessert. Der Lkw-Transport von Export- oder Importwaren über die Benelux-Häfen wird teurer.

Insgesamt führt die Schwerverkehrsgebühr zu einem europäischen Wettbewerb, der fairer ist als bisher. Sie hat deshalb gerade unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten deutlich positive Wirkungen.

{-/17.5.1985/rs/ks}

+ + +

